



Aktueller Begriff

Extraktivismus

Knapp vier Kilometer vom historischen Ortskern des spanischen Cáceres soll ab 2022 Lithium abgebaut werden. Anwohner und lokale Politiker/-innen protestieren gegen die Mine und die damit verbundenen gesundheitlichen sowie ökologischen Folgen. Der Konflikt zwischen wirtschaftlichem Aufschwung einer von Arbeitslosigkeit geprägten Region und dem Bedürfnis, Umwelt und lokale Kultur zu erhalten, ist nicht der erste seiner Art. Er zieht sich weltweit durch die Regionen, in denen ein extraktivistisches Wirtschaftsmodell praktiziert wird.

Das Wirtschaftsmodell des Extraktivismus ist insbesondere im Zusammenhang mit Lateinamerika bekannt geworden und prägt die politischen Verhältnisse und Entwicklungen der dortigen Länder. Die Region ist bereits seit der Zeit des Kolonialismus einer der wichtigsten Rohstoffversorger der Welt. Der Begriff Extraktivismus umfasst Abbau, Nutzung und Export natürlicher Ressourcen, unabhängig von der Art oder Intensität. Klassische Sektoren sind hierbei Erdölförderung, Bergbau, Landwirtschaft und Fischerei (klassischer Extraktivismus). Ursprünglich handelte es sich dabei um eine vorwiegend privatisierte Exportstrategie, dominiert von transnationalen Unternehmen, welche die wirtschaftlichen Gewinne größtenteils vereinnahmten. Ab Beginn des 21. Jahrhunderts entwickelte sich vor allem in Südamerika ein sog. Neo-Extraktivismus, in dem der Rohstoffexport nicht nur als Wirtschafts-, sondern als Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell verstanden wird. Mit einer weniger privatwirtschaftlichen Ausrichtung und einer verstärkten Rolle des Staates sollen die Einnahmen aus den Rohstoffexporten vermehrt dem gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt zugutekommen. Die hohen Weltmarktpreise für Rohstoffe in den 2000er Jahren ermöglichten ein starkes Wirtschaftswachstum in vielen lateinamerikanischen Staaten, die dieses für den Ausbau von Sozialprogrammen nutzten. Einkünfte und Wachstum sanken jedoch mit Ende des Rohstoffbooms in den 2010ern wieder deutlich ab, was die weitere Finanzierung der sozialen Programme erschwerte und die Anfälligkeit des Modells offenbarte. Im heutigen Diskurs wird der Begriff **Extraktivismus primär verwandt für Ökonomien des globalen Südens, die zum einen abhängig von Rohstoffexporten sind, zum anderen nicht willens oder in der Lage, sich zu diversifizieren, um breitgestreuten gesellschaftlichen Wohlstand zu schaffen.** Darum wird der Begriff z.B. kaum auf Staaten wie Norwegen angewandt, die es geschafft haben, den Rohstoffexport in eine (wenngleich essentielle) Branche innerhalb einer diversifizierten, modernen und resilienten Gesamtwirtschaft zu transformieren.

Wirtschaftswachstum lässt sich in einer undiversifizierten, (neo-)extraktivistischen Ökonomie nur durch stetig steigende Zuflüsse aus dem Rohstoffabbau erzielen. Diese Abhängigkeit vom Rohstoffgewinn erfordert immer tiefergehende Abbaumethoden, um die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Dies hat soziale und ökologische Konsequenzen, vor allem auf lokaler Ebene, wo häufig eine Zunahme von sozialökonomischen Konflikten in den meist ländlich geprägten Extraktionsgebieten zu verzeichnen ist. Hinzu kommen illegale Bergbauaktivitäten, die zu Umwelt- und Gesundheitsschäden beitragen. Probleme zeigen sich vor allem im industriellen Bergbau und bei

ressourcenverbrauchenden Monokulturen, die oft mit ökologischer Zerstörung einhergehen sowie mit einer Entdemokratisierung der Frage der Naturnutzung, die nicht selten auch mit einer Vertreibung indigener Völker bzw. der Landbevölkerung verbunden ist. Die Rohstoffnachfrage kommt dabei überwiegend aus Industriestaaten. So gehen z.B. ca. 75 Prozent der Exporte Perus nach China, Europa und Nordamerika, wobei Kupfererz, der mit 30 Prozent Anteil wichtigste Exportartikel, vorrangig von einem australisch-britisch-schweizerisch-kanadisch-japanischem Konsortium gefördert und exportiert wird. Die Bevölkerungen der Förderregionen selbst profitieren relativ wenig, zumal die größten Profite erst mit andernorts veredelten Produkten gemacht werden. Daher haben sich einige lokale Initiativen auch die Partizipation am wirtschaftlichen Erfolg der Rohstoffausbeutung zum Thema gemacht.

Beispielhaft für den heutigen Extraktivismus ist die Gewinnung von Lithium, inzwischen einer der begehrtesten Rohstoffe der Welt. Durch die Umstellung auf Elektromobilität steigt die Nachfrage nach dem zur Herstellung von Elektroautobatterien benötigten Rohstoff rapide. Nachdem die Silbervorkommen in **Bolivien** inzwischen fast vollständig ausgebeutet wurden, wendet sich das Land nun Lithium zu, beispielsweise im Salar de Uyuni in den Anden, dem größten Salzsee der Welt. Auch deutsche Firmen sind an diesen Projekten beteiligt. Die zum Lithium-Abbau genutzte Verdunstungstechnologie ist extrem wasserintensiv und riskiert bei einigen Abbaumethoden eine Kontamination des dort vorkommenden Süßwassers durch Vermischung mit Salzwasser. Der daraus entstehende Verlust von Trinkwasserreserven kann zur Zerstörung der dortigen Ökosysteme sowie zur Unbewohnbarkeit der bisher von indigenen Gemeinden bevölkerten Gebiete führen. Die Probleme des Extraktivismus zeigen sich nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in Afrika, wie das Beispiel der **Demokratischen Republik Kongo** verdeutlicht. Als eines der rohstoffreichsten Länder der Welt verfügt sie nicht nur über Gold, Diamanten und Öl, sondern auch über das Coltan, welches für die Produktion moderner Elektronik unerlässlich ist. Der größte Teil der weltweiten Coltanvorkommen lagert in der Provinz Kivu, die seit den 1990er Jahren von bewaffneten Konflikten um jene Gebiete betroffen ist. Darüber hinaus werden für den Coltan-Abbau große Regenwaldflächen abgeholzt, die den Lebensraum vieler Tierarten bilden. Trotz des Reichtums an Bodenschätzen lebt ein großer Teil der kongolesischen Bevölkerung weiterhin in Armut. Um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, arbeiten nicht nur Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche im Kleinbergbau, d.h. manuell und ohne industrielle Gerätschaften, unter gesundheitsschädigenden Bedingungen und oft kontrolliert von Milizen und Schmugglern. Amnesty International verwies im Zusammenhang mit Lithium- und Cobalt-Abbau in der DR Kongo wiederholt auf Menschenrechtsverletzungen.

Die Europäische Kommission stellte bereits im Jahr 2008 mit der „Rohstoffinitiative“ (Raw Materials Initiative) eine gemeinsame europäische Rohstoffpolitik vor. Während diese zum einen das Ziel hat, den Zugang europäischer Unternehmen zu wichtigen Rohstoffen zu sichern, soll sie die Partnerländer der EU auch dabei unterstützen, den Umweltschutz, die sozialen Standards und die Menschenrechtssituation zu verbessern sowie die Kinderarbeit zu bekämpfen.

Quellen

- Dawid Danilo Bartelt, „Konflikt Natur – Ressourcenausbeutung in Lateinamerika“, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017
- Observatory of Economic Complexity (oec), Peru, 2019, <https://oec.world/en/profile/country/per> (zuletzt abgerufen am 1. Oktober 2021)